

Der Finanzsektor gefährdet unsere Sicherheit

Fließendes Geld kann Frieden schaffen

von Wolfgang Berger

In seinem Buch «Kafka in Amerika – Wie der Krieg gegen den Terror Bürgerrechte bedroht» berichtet der amerikanische Rechtsanwalt Steven T. Wax, wie er sich von der vollkommenen Unschuld des Herrn Abdel Hamad überzeugt hat und ihn deshalb auf eigene Kosten als seinen Mandanten annimmt. Wahrscheinlich ist Hamad vom pakistanischen Geheimdienst verhaftet worden. Vielleicht haben diejenigen, die das getan haben, die Verhaftung wegen der Kopfprämie für überstellte Terroristen vorgenommen. Abdel Hamad ist Moslem und über nicht nachvollziehbare Zwischenstationen in der Hölle von Guantánamo gelandet.

An Steven T. Wax' zweiten Besuchstag in Guantánamo fragt Herr Hamad seinen Anwalt zum Abschied: „Wann werde ich nach Hause kommen?“ Wax antwortet: „Wir können Ihnen nur versprechen, dass wir auf jede uns zur Verfügung stehende Art für Sie kämpfen werden.“ Der Hoffnungsschimmer, der Hamads Zelle mit dem Eintreten des Anwalts erleuchtet hat, erlischt augenblicklich. Herrn Hamads Blick verfinstert sich. Er ergreift die rechte Hand des Anwalts mit seinen beiden Händen. Tränen überströmen sein Gesicht. Es ist absolut still. „Wenn es schon bald sein wird“, sagt er, „werde ich Sie in meinem Haus willkommen heißen.“

Das erschütternde Buch zeigt, wie wenig wir in der westlichen Welt getan haben, um unser höchstes Gut aufrecht zu erhalten: den Rechtsstaat. Das Ausmaß der Rechtsbeugung, das sich in den Vereinigten Staaten des George W. Bush ausgebreitet hat, ist erschütternd. Donald Rumsfeld hat als Verteidigungsminister am 2. Dezember 2002 eine Liste mit 17 erlaubten Verhörtechniken herausgegeben, unter ihnen das Anketten an Händen und Füßen am Boden in schmerzhafter Körperhaltung, vollständiges Entkleiden

bei Verhören, tagelanges Beschallen mit lauter Musik, monatelange Einzelhaft in absoluter Dunkelheit, 24stündige pausenlose Verhöre, Einsatz gefälschter Dokumente und falscher Zeugenaussagen, etc.

Rumsfeld ist jetzt der größte Einzelaktionär der Gilead Sciences Inc., Foster City, Kalifornien – Inhaber der Patentrechte des Medikaments Tamiflu, das gegen Vogel- und Schweinegrippe wirken soll. Die Weltgesundheitsorganisation WHO hat die Schweinegrippe als Pandemie eingestuft, damit riesige Tamiflu-Vorratskäufe vieler Regierungen und ein Kursfeuerwerk bei Gilead Sciences ausgelöst. Die Firma kauft gerade (im März 2010) eigene Aktien im Wert von einer Milliarde Dollar zurück.

Senator Richard Durbin aus Illinois hat zu den Berichten über die von US-Soldaten und Söldnern privater amerikanischer Unternehmen durchgeführten Gräueltaten gesagt: „Wenn ich Ihnen das vorlesen wollte, ohne zu sagen, dass hier ein FBI-Agent beschreibt, was Amerikaner Gefangenen angetan haben, würden Sie ganz sicher glauben, dass das von Nationalsozialisten getan wurde, von den Sowjets im Gulag, von Pol Pot oder anderen, die keinerlei Achtung vor dem menschlichen Leben haben.“ US-Vizepräsident Richard (Dick) Cheney hat das anders gesehen: „Der entscheidende Punkt ist, dass die Leute in Guantánamo böse Menschen sind.“

Das Buch schließt mit einer eindrücklichen Mahnung: Der uralte Kampf zwischen Menschen, die die Freiheit lieben, und denjenigen, die sie ihren Mitmenschen vorenthalten, wird erbitterter geführt als jemals zuvor. Bis zu tausend Mal Gefolterte erleben den Tod, weil sie das Leben nicht mehr ertragen können und sind bereit alles zu gestehen, um damit ihre Qualen zu beenden. Wenn es außer solchen Geständnissen keine Beweise gibt, kann offenbar auch Präsident Obama das Lager nicht schließen und die Gefangenen freilassen oder vor ordentliche Gerichte stellen. Sie könnten erzählen, wie ihre Aussagen zustande gekommen sind und damit eine tragende Säule des US-Systems einstürzen lassen.

Die Quintessenz dieses Artikels ist, dass unsere Geld- und Finanzordnung Kriege, Krisen und Knechtschaft braucht, um selbst fortzubestehen, dass sie die Menschen und das Leben auf diesem Planeten bedroht. Es wird auf eine Entscheidung hinauslaufen: **Entweder behalten wir unsere Geld- und Finanzordnung bei und zerstören das Leben oder wir reformieren sie grundlegend und dienen dem Leben.** Das ist der Weg zum Frieden und zu gerecht verteiltem Wohlstand durch „fließendes Geld“. Jeder von uns wirkt an dieser Entscheidung mit – durch das, was er tut und durch das, was er nicht tut.

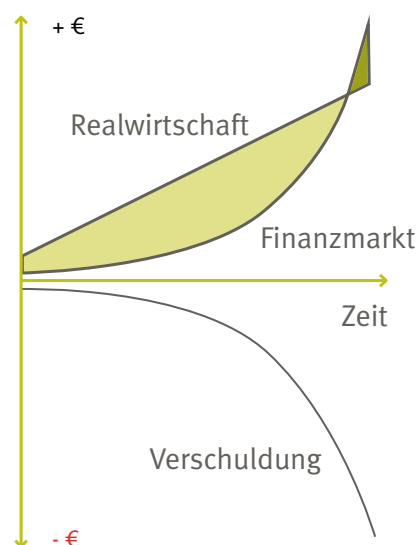
Den Zusammenhang zwischen dem Finanzsektor und unserer Sicherheit möchte ich in drei Teilen erläutern:

1. **Wie funktioniert der Finanzsektor?**
2. **Was folgt daraus für den Rechtsstaat und die innere Sicherheit?**
3. **Worin liegt die Gefahr für unsere äußere Sicherheit?**

Wie funktioniert der Finanzsektor?

Stellen wir uns vor, Karl VIII. von Frankreich hätte im Jahre 1492, nachdem er die Engländer vom Kontinent vertrieben hatte, tausend Unzen Gold übrig gehabt und langfristig angelegt. Wenn wir es zum heutigen Preis in Geld umrechnen, kosten Tausend Unzen Gold etwa eine Million Dollar. Bei einer langfristigen durchschnittlichen Verzinsung von sieben Prozent wäre das Vermögen seiner Erben inzwischen auf 10^{18} Euro angewachsen – eine Zahl mit 18 Nullen. Damit könnten sie die ganze Welt kaufen.

Geldvermögen wachsen exponentiell. Das große Drama ist, dass nur wenige Menschen sich vorstellen können, was exponentielles Wachstum bedeutet. Die sich fortlaufend beschleunigende Vermehrung der Geldvermögen setzt voraus, dass es – quasi spiegelbildlich – auch eine sich fortlaufend beschleunigende Vermehrung der Schulden gibt. Ohne diese beiden gegenläufigen Bewegungen ist unser „System“ nicht lebensfähig: Die Zinseszinsen können den Guthaben nur zugeschrieben werden, wenn es Schuldner gibt, deren Gläubiger an sie glauben:



Die wachsenden Geldvermögen müssen über Schulden in den Kreislauf zurückgeführt werden. Milliardäre können ihren Konsum nur noch sehr begrenzt erhöhen. Nur mit

einer ausufernden Verschuldung kann der deflationäre Zusammenbruch der Wirtschaft abgewendet werden. Als Bill Clinton den US-Haushalt saniert und die Neuverschuldung gestoppt hatte, hat der legendäre Chef der amerikanischen Notenbank „Federal Reserve“ Alan Greenspan ihn kritisiert: „Wo sollen unsere Pensionsfonds ihre Gelder anlegen, wenn der Staat sich nicht weiter verschuldet?“ Präsident George W. Bush hat Greenspan von dieser Sorge befreit.

Die Öffentlichkeit und die Politiker, die einen Schuldenabbau fordern, sehen den Zusammenhang nicht. In unserem heutigen Finanzsystem führt Schuldenabbau zum Einbruch des Konsums und der Investitionen mit allen dramatischen Folgen (Firmenzusammenbrüche, Arbeitslosigkeit, Versiegen von Steuerquellen, Verarmung). Von einigen Luxusgütern abgesehen steigen lediglich die Preise bereits geschaffener oder vorhandener Dinge wie Aktien, Kunst, Grund und Boden, Rohstoffe etc. Deren Verteuerung aber trocknet die Wirtschaft zusätzlich aus.

Die Gewinne des Finanzsektors sind privat, für die Risiken haften – nach dem vereinten Willen der Regierungen der Welt – wir alle gemeinschaftlich.

lediglich die Preise bereits geschaffener oder vorhandener Dinge wie Aktien, Kunst, Grund und Boden, Rohstoffe etc. Deren Verteuerung aber trocknet die Wirtschaft zusätzlich aus.

Das Wachstum bei Geldvermögen und bei Schulden beschleunigt sich ununterbrochen. Das aber hat es in der realen Wirtschaft, wo Güter und Dienstleistungen geschaffen werden, noch nie gegeben. Im Jahre 1980 schließt der damalige Finanzminister Hans Matthöfer daraus: „Unsere Wirtschaft ist auf niedriges oder gar Nullwachstum nicht eingestellt. Wachstumsstillstand bedeutet Massenarbeitslosigkeit und damit den wirtschaftlichen Zusammenbruch der Bundesrepublik Deutschland.“

Die Konsequenz aus dem Diagramm auf Seite 3 hat er nicht gesehen: Die obere Exponentialkurve bildet die Entwicklung der Geldvermögen ab, die lineare Kurve die Entwicklung der Realwirtschaft (des Sozialprodukts). Bis zum Schnittpunkt der beiden Kurven beansprucht der Finanzsektor weniger als das, was Arbeitnehmer und Arbeitgeber, die alles erarbeiten, gemeinsam erschaffen. Es gibt etwas zu verteilen und die Tarifparteien können miteinander klären, wer davon wie viel abbekommt.

Seit vielen Jahren befinden wir uns aber jenseits dieses Schnittpunkts der beiden oberen Kurven: Seitdem reicht das von der Realwirtschaft erarbeitete nicht aus, um die Ansprüche des Finanzsektors zu befriedigen. Die „Deckungslücke“ wächst mit beängstigender Geschwindigkeit. Deshalb muss jetzt allen, die arbeiten (den Arbeitnehmern, den Arbeitgebern und dem Staat) ständig etwas weggenommen werden – auch dann, wenn die Wirtschaft weiter wächst. Deshalb müssen die Realeinkommen sinken, deshalb muss der Staat seine Leistungen herunterfahren und die Infrastruktur ausdünnen. Der Finanzsektor verschlingt das alles.

Die Staaten Europas müssen ihre Budgetdefizite in 2010 mit einer Neuverschuldung in Höhe von insgesamt 2.200 Milliarden Euro finanzieren. Und trotzdem ist überall eine drastische Kürzung öffentlicher Ausgaben notwendig. Die Ausgabenkürzungen lassen die Nachfrage einbrechen und die Anleihen der Staaten blockieren die Finanzierungsmöglichkeiten der Unternehmen. Mit Ausgabenkürzungen allein hat Reichkanzler Heinrich Brüning Hitler den Weg geebnet. Weil jetzt die öffentlichen Haushalte die verfügbaren Mittel aufsaugen, könnte es noch schlimmer kommen und sich die düstere Prognose von Herrn Matthöfer bestätigen.

Alexander Dibelius, Deutschland-Chef der führenden New Yorker Investmentbank Goldman Sachs, hat einmal gesagt: „Eine Bakterienkultur kann nur für gewisse Zeit exponentiell wachsen. Irgendwann reicht der Nährstoff nicht mehr und sie bricht zusammen.“ Der Nährstoff des Finanzsektors ist die Realwirtschaft. Wenn sie auch exponentiell wachsen könnte – was viele Politiker sich wünschen und die Ökonomen seltsamerweise für möglich halten – könnte sie auch einen immer schneller wachsenden Finanzsektor ernähren.

Schon John Maynard Keynes hat erkannt, dass die Krise „das Resultat des intellektuellen Versagens der wirtschaftswissenschaftlichen Profession“ ist. Die weltweiten Zinszahlungen (z. Z. ca. 10 Billionen US\$) verschlingen heute 1/6 der globalen Bruttoinlandsprodukte. Wenn wir die Entwicklung extrapolieren, können wir ausrechnen, wann es 1/4, 1/2, 3/4 oder alles sein müsste. Spätestens dann verhungern auch die Milliardäre, denn Geld macht nicht satt.

Weil es das aber in der Geschichte der Menschheit noch nie gegeben hat, müssen wir seit Menschengedenken alle sechzig bis siebzig Jahre einen großen Krieg oder einen voll-



ständigen wirtschaftlichen Zusammenbruch erleben. Nur so kann das „System“ überleben. Die Fachwelt sagt dazu: T. I. N. A. (There is no alternative – es gibt keine Alternative). Beim zum nächsten Kollaps leben die meisten nicht mehr, die die letzte Katastrophe erfahren und daraus gelernt haben. So wiederholt jede zweite oder dritte Generation diese dramatische Lektion.

Aber es gibt eine Alternative, die den Teufelkreis durchbrechen würde: Ein System mit „fließendem Geld.“ Statt das Geld über Zins und Zinseszins wieder in den Kreislauf zu locken, könnte die Zentralbank es über eine „Demurrage“ tun – eine nach dem Grad der Liquidität gestaffelte Gebühr auf Geld und Giro Guthaben. Silvio Gesell hat uns diesen Weg gewiesen. Er erfordert ein radikales Umdenken, vor allem in der Fachwelt. Gerade Fachleute aber weigern sich zuzugeben, dass sie nicht Recht haben. Lieber sterben sie. Wir sollten ihnen Einhalt gebieten, damit nicht auch unsere Welt gemeinsam mit der ihren untergeht.

Wenn ein Auto oder eine Maschine nicht so funktioniert, wie wir es erwarten, verbessern Ingenieure die Konstruktion. Bei unserer Finanzverfassung meinen die Ökonomen, dass sie gottgegeben sei und wir sie wie die Schöpfung hinzunehmen haben, wie sie nun einmal ist. Die öffentliche Meinung und die Politik glauben ihnen das. Unsere Geld- und Finanzordnung ist aber nicht Teil der Schöpfung, sondern Menschenwerk. Wir können und müssen ihre Konstruktion ändern, wenn uns ihre Ergebnisse nicht gefallen – dringend.

Eine Welt, die nicht länger dem Finanzsektor dient und sich ihm unterwerfen muss, ist möglich. Bei einem System mit fließendem Geld dient der Finanzsektor der gewerblichen Wirtschaft und den arbeitenden Menschen. Alle Expertise, ein solches System vorzubereiten und einzuführen, ist vorhanden. Wir müssen es nur wollen und unseren Mitmenschen erzählen, dass es eine Lösung für unsere wirtschaftlichen und sozialen Probleme gibt. Die Zeitschrift HUMANE WIRTSCHAFT unterstützt uns dabei.

Was folgt daraus für den Rechtsstaat und die innere Sicherheit?

Legitime Macht hat demokratische Grundlagen und rechtsstaatliche Grenzen. Beides setzt Öffentlichkeit voraus und die subtile Unterscheidung zwischen Diskretion und Geheimniskrämerei. Der Kollaps der American International Group (AIG) – der größten Versicherungsgesellschaft der Welt – hätte z. B. auch bei der Deutschen Bank Milliardenlöcher gerissen.

Durch einen Kraftakt der US-Regierung unter Federführung der New York Federal Reserve ist dieses Horrorszenerario abgewendet worden. Am 14. Januar 2010 um 19:57 Uhr hat die Nachrichtenagentur Reuters gemeldet, dass nur zwei Mitarbeiter der US-Bankenaufsicht (Securities and Exchange Commission – SEC) die Unterlagen einsehen durften, in denen die Umstände und Bedingungen dieser Rettungsaktion dokumentiert waren. Diese Unterlagen werden jetzt gemeinsam mit Geheimdienst dokumenten aufbewahrt und sind auch Parlamentariern unzugänglich. Bankenrettungsaktionen sind so sicherheitsrelevant, dass sie geheim abgewickelt werden müssen.

Es ist uns kaum bewusst, wie sehr die weltweiten Rettungsaktionen für Banken die Kluft zwischen den äußerst Wohlhabenden und dem Rest der Bevölkerung innerhalb kurzer Zeit verbreitert haben. 1970 hat ein Konzernchef in den USA das 25fache des Durchschnittslohns eines Arbeiters verdient, heute ist es das 500fache. Die Krise hat die Rentenzusagen und Ersparnisse z. B. der US-Bürger um 5.000 Milliarden Dollar reduziert, während von 2002 bis 2006 >

„Wenn wir die Demokratie nicht erneuern, wird der Wohlstand ein neues, weniger demokratisches Regime zementieren – eine Plutokratie (= Herrschaft der Reichen). Auf diesem Wege sind wir bereits weit fortgeschritten.“

¾ des Wirtschaftswachstums der USA in die Taschen der reichsten 1% der US-Bevölkerung geflossen sind. „The war against working people should be understood to be a real war“ (Den Krieg gegen die arbeitende Bevölkerung sollten wir als einen richtigen Krieg verstehen), hat der MIT-Gelehrte Noam Chomsky dazu gesagt.

Wer dieses Thema anspricht, kommt schnell in den Verdacht, eine Neid-Debatte anzustoßen oder Klassenkampf zu betreiben. Aber die sich immer weiter öffnende Schere zwischen sehr Armen und sehr Reichen hat tief greifende Auswirkungen, die uns alle betreffen – ökonomisch, sozial und politisch. Am 6. Dezember 2008 ist der 15jährige Schüler Alexandros Grigoropoulos im Athener Viertel Exarchia durch den Querschläger einer Kugel aus der Dienstwaffe des Polizisten Epaminondas Korkoneas getötet worden. Alexandros' Freunde haben später einen offenen Brief geschrieben:

**„Wir sind eure Kinder!
Wir haben Träume, wir sind übermütig – tötet unsere Träume nicht... Auch ihr wart einmal jung. Aber das habt ihr vergessen.**

**Jetzt jagt ihr nur noch dem Geld nach.
Wir hatten erwartet, dass ihr uns unterstützt,
dass ihr euch für uns interessiert... – vergeblich.
Ihr lebt ein verlogenes Leben,
ihr lasst die Köpfe hängen,
ihr habt die Hosen voll
und wartet auf den Tag, an dem ihr sterben werdet.**

**Ihr habt keine Phantasie,
ihr verliabt euch nicht,
ihr seid nicht kreativ.
Ihr kauft nur und verkauft...
Nirgendwo Liebe – nirgendwo.**

Werft noch mehr Tränengas. Wir weinen sowieso.“

Die Jugendlichen ohne Aussicht auf einen Ausbildungsplatz – ohne Aussicht auf eine Lebensperspektive – haben demonstriert, Luxusgeschäfte demoliert, in denen sie nie einkaufen können, Autos angezündet, in denen sie nie fahren können. In Griechenland und Frankreich fliegen die Fetzen, wenn die Wut hochkocht. In Deutschland verarbeiten wir unseren Frust – noch – anders. Der Nationaltorwart Robert Enke hat uns das mit seinem Selbstmord gezeigt:

Er war kein „Promi“, aber die Trauerfeier für ihn war die größte in Deutschland seit Konrad Adenauer. Wir haben Depression als Volkskrankheit identifiziert. Nach dem tragischen Ereignis am 10. November 2009 bis Jahresende hat sich die Zahl der Eisenbahnsuizide in Deutschland vervierfacht. Depression ist eingefrorene Wut. Viele Menschen sterben daran, weil sie sich nicht trauen, auf die Straße zu gehen und ihre Verzweiflung herauszuschreien.

Der Vordenker der französischen Revolution Jean Jacques Rousseau hat 1762 etwas geschrieben, was heute brennend aktuell ist: „Wollt ihr dem Staat Bestand verleihen? Dann nähert die äußeren Rangstufen einander so weit wie möglich an; duldet weder übermäßig Reiche noch Bettler. Diese beiden ihrem Wesen nach nicht voneinander zu trennenden Stände sind für das Gemeinwohl gleichermaßen verhängnisvoll. Aus dem einen gehen die Förderer der Tyrannei, aus dem anderen die Tyrannen hervor. Sie verschachern untereinander die öffentliche Freiheit; der eine kauft, der andere verkauft sie.“ Die Machtergreifung Hitlers hat Rousseaus Analyse bestätigt. Aber wir haben die Lektion vergessen: Wir lassen heute genau die Bedingungen wieder zu, mit denen Deutschland vor 80 Jahren seinen Untergang eingeläutet hat.

Immer in der Geschichte hat eine neue Klasse die traditionellen Institutionen als hinderlich für ihre eigene Entfaltung angesehen. Neue Reiche oder neue Mächtige möchten die „alten“ Institutionen am liebsten zerschlagen oder sich über sie hinwegsetzen. So ist es beim Übergang von der Monarchie zur parlamentarischen Demokratie gewesen und so ist es heute beim Übergang unserer „alten“ parlamentarischen Demokratie zu einer „Post-Demokratie“, wie Lord Ralf Darendorf die Gesellschaftsform bezeichnet hat, die offenbar gerade entsteht.

Für die Finanzoligarchie ist der Staat die Beute, der keinerlei Bewegungsspielraum gelassen wird. Der deutsche Staat hat geglaubt, die Commerzbank retten zu müssen und dafür 16 Milliarden Euro eingesetzt. Damit hat er ihr u. a. auch die Übernahme der Dresdner Bank finanziert. Der Börsenwert der Commerzbank war damals vier Milliarden Euro. Trotzdem hat der Staat mit 16 Milliarden nur ein Viertel an der Bank erworben – also gemessen am Börsenwert für seinen Anteil das 16fache gezahlt. Der deutsche Staat hat geglaubt, die Münchener Hypo Real Estate Bank retten zu müssen und dafür mehr als 100 Milliarden Euro an Bürgschaften und direkten Hilfen eingesetzt. Und der Staat – das sind wir.

Aber es gibt schlimmeres: 1909 hat John Moody eine Agentur gegründet, um Investoren gegen Bezahlung „Ratings“ (Risikoabschätzungen) zu den Eisenbahn-Anleihen anzubieten. Als die heutige Wall Street Ratingagentur Moodys schwedische Staatsanleihen herabgestuft hat, musste die schwedische Regierung das Kindergeld kürzen. Als Moodys die Bonität von Kanada herabgestuft hat, musste der kanadische Staat sein gesamtes Schienennetz vom Atlantik bis zum Pazifik zu dem lächerlichen Preis von zwei Milliarden Dollar verkaufen.

In der Dritten Welt erzwingen die Weltbank und der Internationale Währungsfonds eine „Schuldenkonversion“ – die Privatisierung von Vermögensgegenständen, Rohstoffen, Infrastruktur etc. im Gegenzug für einen Schuldenerlass. Mitten in den weltweiten Hilfsaktionen für die Erdbebenopfer in Haiti hat das Schweizer Bundesgericht im Februar 2010 entschieden, dass das gigantische Vermögen des früheren haitianischen Diktators Jean-Claude Duvalier nicht an Haiti zurückgegeben werden darf. Zwar seien die von ihm begangenen Morde nicht verjährt, wohl aber die Unterschlagungen und die Bildung krimineller Vereinigungen, mit denen er sein Land brutal ausgesaugt und sich bereichert hat.

Nach Einschätzung der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich (BIZ) in Basel – der Clearingstelle für den internationalen Zahlungsverkehr – vom Februar 2010 steuert die Staatengemeinschaft nach der Finanzkrise auf eine Schuldenkrise globalen Ausmaßes zu, weil die Fiskalprobleme der Industrieländer größer sind als die offiziellen Verschuldungszahlen zeigen. Staatsverschuldung ist die kreditfinanzierte Antizipation künftiger Steuereinnahmen. Der Staat (lat. status) ist ein Zustand, der sich im Etat (frz. Staat: l'état) spiegelt. 2008 betrug die Gesamtverschuldung in Deutschland (inkl. Privathaushalte und Unternehmen) € 12.230 Milliarden. Bei 82.400.996 Einwohnern sind das € 148.000 pro Kopf, € 592.000 für eine vierköpfige Familie.

In 2005 ist die Verschuldung in Deutschland in jeder Sekunde um € 1.834 gewachsen, in 2010 sind es € 10.880 pro Sekunde. Das ist das Ausmaß einer gigantischen Umverteilung von unten nach oben. Die Gewinne des Finanzsektors sind privat, für die Risiken haften – nach dem vereinten Willen der Regierungen der Welt – wir alle gemeinschaftlich. Die Devisenreserven der institutionellen Spekulanten sind größer als die Devisenreserven aller Zentralbanken der Welt zusammen. Die zur Rettung des „Systems“ von den Zentral-



banken aller Industriestaaten ausgelöste Geldschwemme vergrößert die Diskrepanz zusätzlich. „There are two ways to conquer and enslave a nation. One is by sword. The other is by debt“ (Es gibt zwei Wege eine Nation zu erobern und zu versklaven: Die eine ist durch das Schwert, die andere durch Verschuldung), hat Adam Smith vor 250 Jahren geschrieben.

Im April 2000 hat der damalige Vorstandsvorsitzende der Deutschen Bank Rolf E. Breuer öffentlich gesagt, was auf uns zukommt und kaum jemand hat es verstanden: „Die Finanzwelt ist die fünfte Gewalt. Sie kann Politik besser auf richtige Ziele verpflichten als das Volk.“ So ist es inzwischen gekommen. Wenn wir wählen gehen, ist das eine Farce. Die Politik hat keinen Spielraum mehr und wir haben keine Wahl. **Systemzwänge sind aber ein Zeichen dafür, dass wir das System, das uns bezwingt, überwinden sollten.**

Walter Eucken hat uns gewarnt: „Interessenverbände haben den Staat übernommen, Lobbygruppen haben ihn gekapert. Die Zunahme der Staatstätigkeit nach Umfang und Intensität verschleiert den Verlust der Autorität des Staates; er scheint mächtig, ist aber abhängig. Ein sich selbst überlassener Markt, ohne einen straffen staatlichen Rahmen ist krisenanfällig.“ Eucken war ein Prophet.

Der amerikanische Kommentator Kevin Philipps schreibt in seinem Buch <Wohlstand und Demokratie>: „Wenn wir die Demokratie nicht erneuern, wird der Wohlstand ein neues, weniger demokratisches Regime zementieren – eine Plutokratie (= Herrschaft der Reichen). Auf diesem Wege sind wir bereits weit fortgeschritten.“

Wo liegt die Gefahr für unsere äußere Sicherheit?

Die Kundenzeitschrift „Sparkasse“ des deutschen Sparkassenverbandes hat im Jahre 1891 auf den Zusammenhang zwischen dem Finanzsektor und unserer Sicherheit hingewiesen. Sie schreibt: „Die Ursache für das Sinken des Zinsfußes wird vorzüglich darin gefunden, daß die besonders rentablen Capitalanlagen großen Maßstabes heute erschöpft sind und nur Unternehmungen von geringer Ergiebigkeit übrig bleiben... Nur ein allgemeiner europäischer Krieg könnte dieser Entwicklung Halt gebieten durch ungeheure Capitalzerstörung, welche er bedeutet.“ 23 Jahre später ist dann das geschehen, wofür aus Finanzsicht schon damals alles gesprochen hat.

Kriege vergrößern nicht das Warenangebot auf zivilen volkswirtschaftlichen Märkten; sie führen nicht zur Bedarfsdeckung und drücken somit nicht die Zinsen. Eine reduzierte Produktion ziviler Güter befriedigt den Bedarf an Konsum- und Investitionsgütern nur unzureichend; und dieser Mangel erhält die Rentabilität des Kapitals.

In allen reifen Volkswirtschaften ist das Angebot größer als die Nachfrage. Jede Ausweitung der zivilen Produktion verschärft die Situation. Trotzdem schwimmt die Welt heute in Kapital. Es herrscht geradezu ein Anlagenotstand. Die Geldvermögen verlangen nach rentablen Anlagen und entwickeln so ein Präferenz für extrem kapitalintensive Technologien wie die Atomenergie, die Kernfusion, Weltraumexpeditionen oder auch CERN. In solche Technologien kann nur mit einer weiteren staatlichen Verschuldung investiert werden.

Bei gesättigten Märkten erlauben allein Rüstungsgüter ein weiteres Wachstum. Rüstung wird noch immer von Staaten nachgefragt und diese Nachfrage blockiert den Prozess der Zinssenkung, den deutschen Sparkassen im Jahre 1891 zu Recht befürchtet haben und die uns heute eine Depression beschert. Krieg ist das letzte Mittel, mit dem unser Finanzsystem erhalten werden kann. „Die Banker hinter mir (die den Krieg finanzieren) fürchte ich mehr als die Armee der Südstaaten vor mir“, hat Abraham Lincoln gesagt. Die Notwendigkeit von Kriegen zum Erhalt unserer Finanzordnung besteht bis heute fort.

Am 12. September 2001 schreibt die New York Times: „Mit aktiver Unterstützung der CIA und des pakistanischen Geheimdienstes ISI (Inter Services Intelligence), der den afgha-

nischen Dschihad (heiligen Krieg) in einen weltweiten Krieg aller muslimischen Staaten gegen die Sowjetunion verwandeln wollte, schlossen sich zwischen 1982 und 1992 etwa 35.000 radikale Muslime aus 40 islamischen Ländern dem afghanischen Kampf an. Zehntausende weitere kamen, um in den pakistanischen Koranschulen zu studieren. Mehr als 100.000 ausländische radikale Muslime wurden schließlich direkt vom afghanischen Dschihad beeinflusst.“

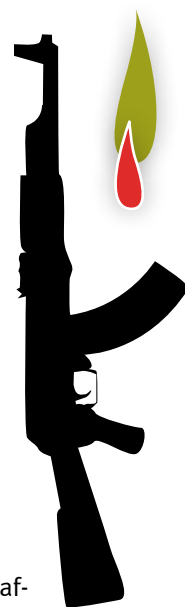
Der am 10. Februar 2010 in Lufkin, Texas, verstorbene Charles Nesbitt (Charly) Wilson hatte für die geheime Operation „Wirbelsturm“ in Washington Milliarden Dollar für die Mudschaheddin organisiert. 1979 hat Präsident Jimmy Carter die Operation angeordnet; sein Nachfolger Ronald Reagan hat sie ausgeweitet und im Rahmen der „Reagan-Doktrin“ zum Modell für ähnliche Aktionen auch woanders erhoben. Der heutige US-Verteidigungsminister Robert Gates war als Vizechef der CIA damals ein enger Verbündeter Wilsons.

Der perfekte Deal aber sind Waffen für Öl. Für die Bevölkerung der meisten Länder, die mit Öl gesegnet sind, erweist sich der Rohstoff als Fluch, weil sie mit Krieg und Unterdrückung überzogen werden: Zentralasien, Iran, Arabien, Südsudan, Angola, Kongo, Äquatorialguinea, Nigeria, Algerien u. a.

Staatseinnahmen aus Ölerlösen ersetzen die Steuern und damit auch die Mitbestimmung der Bürger. Wer Steuern erhebt, muss die Bevölkerung teilhaben lassen. Die Beherrscher der Ölstaaten erwarten vom Volk Dankbarkeit, misstrauen ihm aber und bewaffnen sich bis an die Zähne, um sich an der Macht zu halten. Die Ölmultis helfen ihnen dabei und der Großteil ihrer Zahlungen fließt gar nicht erst zu den Öllieferanten, sondern direkt weiter zu den Waffenlieferanten.

Die enge Verflechtung zwischen der Öl- und der Waffenindustrie ist in den angelsächsischen Ländern besonders auffallend: Die britische Defence Systems Ltd. arbeitet in Angola für die staatliche Ölfirma Sonangol, im Kongo für die belgische Petrofina und weltweit für Shell, Mobil, Amoco, BP und Chevron.

George W. Bush hat als Unternehmer in der Ölbranche ein Debakel erlebt, saß aber vor seiner Präsidentschaft in einem Aufsichtsrat der Carlyle Group, die fast zwanzig



Rüstungsfirmen in ihrem Portfolio hat. Dan Briody berichtet in seinem Buch *«The Iron Triangle – Inside the Secret World of the Carlyle Group»*, dass das jährliche Investorenmeeting der Carlyle Group im Jahre 2001 am 11. September im Ritz-Carlton-Hotel in Washington D. C. war. George W. Bush war nicht dabei, aber sein Vater George Bush sen., der frühere Verteidigungsminister Frank Carlucci und der frühere Außenminister James Baker III. Auch Schafik Bin Laden, Investor der Carlyle Group und Halbbruder Osama Bin Ladens, wohnte in diesen Tagen im gleichen Hotel.

Thomas Seifert und Klaus Werner schildern in ihrem Buch *«Schwarzbuch Öl – Eine Geschichte von Gier, Krieg, Macht*

schwingt in das Gegenteil um. Ein Staat, der unverwundbar werden will, mit Nahrung die Menschen beherrscht, mit Öl die Nationen, mit grün bedrucktem Papier die Welt und mit seinen einsam überlegenen Waffensystemen erzwingt, dass er mit diesem Papier alles kaufen kann, erfährt plötzlich eine extreme Verwundbarkeit.

Die älteste überlieferte militärhistorische Abhandlung ist das ca. 2.500 Jahre alte chinesische Traktat über die Kriegskunst des Sun Wu. Harro von Senger berichtet in seinem Buch *«Strategeme»*, dass der militärische Sieg über den Feind nach dieser alten Kriegskunst nur der drittbeste Ausgang eines Konflikts ist. Der Sieg mit diplomatischen



und Geld», wie Richard (Dick) Cheney als US-Verteidigungsminister die irakische Ölindustrie im ersten Irak-Krieg zerstören ließ, sie danach als Chef der Halliburton Company, Houston/Texas, wieder aufgebaut hat, um sie schließlich als US-Vizepräsident im zweiten Irak-Krieg abermals zu zerstören und der Halliburton Company für die erneute Wiederinstandsetzung ohne Ausschreibung 7,1 Milliarden Dollar zu zahlen.

Nun ruft nach Hegels dialektischem Prinzip jede These ihre Gegenthese hervor und jedes ausgefahrene Pendel

Mitteln ist das Zweitbeste. Das allerbeste aber ist „Strategeme“ – der Beutegewinn durch List.

Die Politik Chinas hat „Strategeme“ offenbar auch heute verinnerlicht. In nicht allzu ferner Zukunft werden chinesische Transrapidzüge nicht nur China erschließen, sondern auch den innereuropäischen und den inneramerikanischen Flugverkehr ersetzen. Aber auch die Vereinigten Staaten haben diese Lektion gelernt: Anfang 2010 ist die Automesse in Detroit eröffnet worden, wo Daimler seine neuen Modelle vorgestellt hat. Am Tag der Eröffnung war die Anhörung der

Opfer des südafrikanischen Apartheidregimes vor dem New Yorker Berufungsgericht. Nach dem „Alien Tort Claims Act“ aus dem Jahre 1789 haben sie mit Hilfe findiger Anwälte gegen Daimler geklagt, weil der Konzern mit dem menschenverachtenden südafrikanischen Regime zusammengearbeitet hat.

Die deutsche Regierung hatte diese Geschäfte geprüft und genehmigt. Unternehmen brauchen Rechtssicherheit. Die US-Justiz maßt sich mit diesem Verfahren die Deutungshoheit über das Völkerrecht an – die Justiz eines Landes, das die Welt mit der besten Strategie des Sun Wu in einen völkerrechtswidrigen Krieg gezogen hat, dessen fatale Konsequenzen möglicherweise unser ganzes Jahrhundert dominieren werden.

Das Verfahren ist ein Indiz dafür, dass die Macht auch über die Justiz von Parlamenten und Regierungen bereits auf die Konzernzentralen übergegangen ist. Es geht nicht mehr um die Eroberung der Territorien von Nationen. Es geht darum,

„Die Finanzwelt ist die fünfte Gewalt. Sie kann Politik besser auf richtige Ziele verpflichten als das Volk.“

Rolf E. Breuer

Nationen zu verschulden, weil es andere Schuldner im notwendigen Umfang nicht mehr gibt. Auf diesem Wege wird das Überleben unserer Finanzordnung verlängert bis – ja bis alle Reichtümer dieses Planeten einer kleinen Finanz-

elite gehören. Die bestehende Rechtsordnung legitimiert sie dazu und das Militär muss sie verteidigen.

Abraham Lincoln hat uns gewarnt und die Warnung 1865 mit seinem Leben bezahlt: „The money power... is more despotic than a monarchy, more insolent than autocracy, and more selfish than bureaucracy... (it will) prolong it's reign... until all wealth is aggregated in a few hands and the Republic is destroyed“ (Die Macht des Geldes ist despotischer als die Monarchie, unerbittlicher als die Diktatur und selbstsüchtiger als die Bürokratie; sie wird ihre Herrschaft fortsetzen bis aller Reichtum in wenigen Händen und die Republik zerstört ist).

Die aus der Graphik auf Seite 3 ersichtliche Notwendigkeit einer immer extremeren Verschuldung treibt brutale Blüten: John Perkins erzählt in seinem Bestseller *«Bekenntnisse eines Economic Hit Man»* (= Wirtschaftsattentäters) wie er es geschafft hat, vielen Ländern der Dritten Welt Kredite in einer Größenordnung zu verkaufen, die sie mit Sicherheit

nie werden zurückzahlen können. Auf diesem Wege sollte die „Schuldenkonversion“ erzwungen werden, um sich im Tausch gegen Schuldenerlass Rohstoffe, Infrastruktur und Ländereien anzueignen und auch die Außenpolitik zu beeinflussen.

In zwei Ländern hat er im Jahre 1981 keinen Erfolg gehabt: Omar Omar Torrijos, der Präsident von Pánama und Jaime Roldós, der Präsident von Ecuador haben sich geweigert, ihre Länder zu verschulden und waren auch mit hohen Millionenzahlungen auf persönliche Konten in der Schweiz nicht zu korrumpieren. Beide sind wenige Wochen später in Flugzeugabstürzen ums Leben gekommen, die bis heute nicht aufgeklärt sind.

Der Terror ist nicht nur eine bössartige, sondern auch eine verzweifelte Antwort auf die Aufteilung der Welt in Herren und Sklaven. Der Militärgeschichtler Edward Luttwak beschreibt in seinem Buch über den Staatsstreich (*Coup d'État: A Practical Handbook*), was auch bei uns hinter den Kulissen gerade geschieht: „...the infiltration of a small, but critical, segment of the state apparatus, which is then used to displace the government from its control of the remainder“ (...ein kleiner aber kritischer Bereich der staatlichen Verwaltung wird infiltriert und benutzt, um die Regierung auch bei der Kontrolle über die anderen Bereiche zu verdrängen).

Die Regelungen der neuen Kolonialinstitutionen World Trade Organization (WTO) und International Monetary Fund (IMF) hebeln jede Legislative und Judikative aus. Die Welt wird von uns unbekanntem Funktionären gesteuert – im Auftrage einer Finanzoligarchie, deren mächtigster Repräsentant Lloyd C. Blankfein, Chef der New Yorker Investmentbank Goldman Sachs, gesagt hat: „Ich bin ein Banker, der Gottes Werk verrichtet.“ Goldman Sachs hat nicht nur die Wahlkampagne von Präsident Obama maßgeblich finanziert, sondern auch Griechenland jahrelang dabei unterstützt, seine wachsende Verschuldung zu verschleiern und im Krisenjahr 2009 die Rekordsumme von 23 Milliarden Dollar für Boni zurückgelegt, die ihren Managern ausgeschüttet werden sollen.

Der amerikanische Steuerzahler hat zuvor insgesamt schätzungsweise 24.000 Milliarden Dollar aufbringen müssen, um den Finanzsektor vor dem Untergang zu retten. Für die europäischen Steuerzahler waren es demgegenüber „bescheidene“ 1.700 Milliarden Euro. In seinem Buch *„The Economic Elite –Vs. The People of the United States of America“*



hat David DeGraw die weltweiten Bankenrettungsaktionen als die größte Operation organisierter Kriminalität in der Menschheitsgeschichte bezeichnet.

Die gegenwärtige Krise offenbart ein Versagen der Ideen, von denen sich Fachwelt, Öffentlichkeit und Politiker leiten lassen. Sie eröffnet uns aber Möglichkeiten, die es in solchem Ausmaße bisher nicht gegeben hat: die Chance, die Hebelwirkungen krimineller Machenschaften und finanzieller Transaktionen zu brechen, **eine Reform unserer Finanzordnung durchzusetzen und „fließendes Geld“ einzuführen.**

Helfen Sie mit, denn wir sind nicht nur verantwortlich für das, was wir tun, sondern auch für das, was wir nicht tun. Sie können z. B. diese Zeitschrift verbreiten oder führende Zentralbanker und Politiker mit diesem Wissen und einem konkreten Vorschlag anstecken. (Vorlagen für ein solches Projekt über berger@business-reframing.de) ■



Zum Autor:
Prof. Wolfgang Berger leitet das Business Reframing Institut für Personal- und Unternehmensentwicklung Karlsruhe

www.business-reframing.de

gesammelt und zitiert aus dem

WWW

Bürgers Alpdruck

*Was sinnst du, Bürger, bleich und welk?
Hält dich ein Spuk zum Narren?
Nachtschlafend hörst du im Gebälk
den Totenkäfer scharren.
Er wühlt und bohrt, gräbt und rumort,
und seine Beine tasten
um Säcke und um Kasten.*

*Horch, Bürger, horch! Der Käfer läuft.
Er kratzt ans Hauptbuch eilig.
Nichts, was du schwitzend aufgehäuft,
ist seinen Fühlern heilig.
Der Käfer rennt. Der Bürger flennt.
In bangen Angstgedanken
fühlt er die Erde wanken.*

*Ja, Bürger, ja – die Erde bebt.
Es wackelt deine Habe.*

*Was du geliebt, was du erstrebt,
das rasselt jetzt zu Grabe.
Aus Dur wird Moll, aus Haben Soll.
Erst fallen die Devisen,
dann fällst du selbst zu diesen.*

*Verzweifelt schießt die Bürgerwehr
das Volk zu Brei und Klumpen.
Ein Toter produziert nichts mehr,
und nichts langt nicht zum Pumpen.
Wo kein Kredit, da kein Profit.
Wo kein Profit, da enden
Weltlust und Dividenden.*

*Hörst, Bürger, du den Totenwurm?
Er fährt durch Holz und Steine,
und sein Geraschel weckt zum Sturm
des Leichenvolks Gebeine.
Ein Totentanz macht Schlußbilanz
und schickt dich in die Binsen
samt Kapital und Zinsen.
Erich Mühsam*

Gefunden bei
„Deutsche Gedichtbibliothek“, gedichte.xbib.de
Auf Hinweis von Werner Onken